



Presseeinladung

Wiesbaden, den 4. Juli 2012

Nr. 233

Zuwanderung aktiv gestalten

Integrationsminister Jörg-Uwe Hahn fordert

Punktesystem für gesteuerte Zuwanderung von Fachkräften

Wirtschaftsminister Rentsch kündigt Anwerbung

in anderen EU-Ländern an

Unter dem Titel „Helle Köpfe für Hessen – gesteuerte Zuwanderung als Instrument der Fachkräftesicherung“ rief der hessische Integrationsminister und stellvertretende Ministerpräsident, **Jörg-Uwe Hahn**, zum Fachkongress an den Flughafen. Dieser sei ein Knotenpunkt dieser Welt mit 56 Millionen Passagieren jährlich. Hier sei Internationalität und Weltoffenheit Alltag. Als Experten geladen waren Dr. Frank Martin, Leiter der Regionaldirektion Hessen der Bundesagentur für Arbeit, Alfred Clouth, Präsident der Industrie- und Handelskammer Offenbach, Prof. Dr. Dr. Gunnar Heinsohn, Volker Fasbender, Hauptgeschäftsführer der Vereinigung hessischer Unternehmerverbände, Stefan Körzell, Vorsitzender des DGB-Bezirks Hessen-Thüringen. Moderiert wurde das Fachgespräch von Werner D’Inka, Herausgeber der

Frankfurter Allgemeine Zeitung. Den Schlussvortrag hielt Wirtschaftsminister **Florian Rentsch**.

„Der hessischen Wirtschaft werden in den nächsten Jahren viele Fachkräfte fehlen“, so Integrationsminister Jörg-Uwe Hahn: „Im Bereich der Pflege ist der Arbeitsmarkt schlichtweg ‚leergefegt‘. Der demographische Wandel ist bereits Realität. Dabei fehlen nicht nur die qualifizierten Kräfte von heute, es fehlt auch der Nachwuchs, um die Lücken zu schließen. Deutschlandweit werden nach dem Demografiebericht der Bundesregierung 2030 über sechs Millionen Erwerbstätige weniger zur Verfügung stehen. Das entspricht in etwa der Einwohnerzahl unseres Landes Hessen.“

„Hessens Wirtschaft ist stark. Wir wollen die Rahmenbedingungen so setzen, dass das so bleibt. Dazu brauchen hessische Unternehmen unbedingt Fachkräfte, die sie händeringend suchen. In anderen Ländern der EU, wie Spanien oder Frankreich, sind leider viele hochqualifizierte junge Menschen arbeitslos. Diese und andere wollen wir für Hessen gewinnen. Dazu müssen wir aktiv für Hessen werben, damit diese hellen Köpfe bei uns arbeiten und leben“, sagte der neue hessische Wirtschaftsminister Florian Rentsch.

Die Landesregierung habe, so der stellvertretende Ministerpräsident Jörg-Uwe Hahn, im vergangenen Jahr eine Fachkräftesicherungsinitiative gestartet. Der Chef der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit, Frank Martin, habe den Vorsitz der Fachkräftekommission übernommen. Die Fragestellung sei: Wie kann es gelingen, dass wir auch in fünf, zehn oder 20 Jahren und darüber hinaus genügend Fachkräfte in Hessen für unseren Arbeitsmarkt zur Verfügung haben. Wie kann es also gelingen, dass wir den Wohlstand, den wir uns erarbeitet haben, bewahren? Wie kann es gelingen, dass wir auch in 20 Jahren noch weltweit an der Spitze in Wirtschaftskraft, Innovation und Technologie stehen?

Integrationsminister Jörg-Uwe Hahn sprach sich für eine qualifizierte Zuwanderung nach Hessen aus. „Die besten Köpfe sollen für Hessen gewonnen werden. Darauf haben sich die Koalitionspartner bereits in ihrer Vereinbarung zu Beginn der

Legislaturperiode in 2009 geeinigt.“ Wirtschaftsminister Florian Rentsch kündigte an, bei der in anderen EU-Ländern eng mit den hessischen Industrie- und Handelskammern sowie den Handwerkskammern zusammen zu arbeiten und bewährte Konzepte aufzugreifen.

Integrationsminister Jörg Uwe Hahn erinnerte daran, dass zum 1. August weitere wichtige Änderungen im deutschen Zuwanderungsrecht in Kraft treten, „für die wir frühzeitig und lange gestritten haben“. Allen voran die Einführung der europäischen „Blue-Card“, die es qualifizierten ausländischen Einwanderern mit Hochschulabschluss sehr erleichtere, nach Deutschland zu kommen. Ab einem Jahresgehalt von rund 45.000 Euro stehe ihnen die Tür nach Deutschland weit offen. In sogenannten Mangelberufen sogar ab einem Jahresgehalt in Höhe von 33.000 Euro. Hahn: „Das begrüße ich sehr.“

Ein weiterer Punkt sei wichtig. Das neue Gesetz werde ausländischen Hochschulabsolventen erlauben, in die Bundesrepublik zu kommen, um hier einen Arbeitsplatz zu suchen. Bisher sei die Einreise immer an das Vorliegen eines Arbeitsplatzes gekoppelt gewesen. Für kleine und mittelständische Unternehmen sei es jedoch nicht so einfach wie für große Konzerne, die über gut ausgestattete Personalabteilungen verfügten, auf dem weltweiten Arbeitsmarkt potentielle Kandidaten für das eigene Unternehmen anzusprechen. Dieser Kontakt könne jetzt in Deutschland hergestellt werden. Damit werde eine weitere ganz wichtige Tür für ein modernes Zuwanderungsrecht geöffnet. Hahn: „Das begrüße ich, denn es entspricht der seit langem durch uns vertretenen Linie.“

„An dieser Stelle sollten wir aber nicht stehenbleiben“, versicherte Integrationsminister Jörg-Uwe Hahn: „Wir wollen die besten Köpfe gewinnen. Warum soll es also nicht als Voraussetzung ausreichen, dass einer, der zu uns kommen will, tatsächlich zu den besten Köpfen zählt? Beste Köpfe suchen keine Sozialleistungen, beste Köpfe finden einen Arbeitsplatz. Deshalb ist es an der Zeit, auch in Deutschland ein Punktesystem mit klaren und transparenten Kriterien einzuführen und in diesem Fall von der Voraussetzung der unmittelbaren Arbeitsplatzbindung abzurücken.“

Integrationsminister Jörg-Uwe Hahn forderte klare, einfache und transparente Kriterien für ein Einwanderungsgesetz: „Wir brauchen ein Punktesystem. Bereits die Unabhängige Kommission ‚Zuwanderung‘ hatte in ihrem Abschlussbericht 2001 die Einführung eines Punktesystems empfohlen, um Einwanderung bedarfsgerecht, berechenbar und dennoch flexibel zu steuern.“ Wirtschaftsminister Rentsch bezeichnete die Zuwanderung von Qualifizierten aus dem Ausland als Baustein einer umfassenden Strategie, um die Wirtschaft bei der Fachkräftesicherung zu stützen. Qualifizierung und Verbesserung der Erwerbsbeteiligung seien weitere wichtige Bestandteile dieser Strategie, an der die Landesregierung arbeite: „Das Wirtschaftsministerium dabei seine umfangreichen Förderprogramme zur Unterstützung der beruflichen Aus- und Weiterbildung einbringen und bei Bedarf flexibel an die neuen Herausforderungen anpassen.“